



ist Verleger des HAUPTSTADTBRIEFS.

Ein schöner Land

Die ökologische Neuausrichtung der Wirtschaft ist keine ideologische Verirrung, sondern eine auch ökonomische Notwendigkeit und Zukunftsinvestition | Von Tanja Busse

Danke, Bundeswehr!

Ein Kommentar

Gerade in dem Augenblick, als das letzte Transportflugzeug der Bundesluftwaffe mit unseren Soldatinnen und Soldaten, KSK-Spezialkräften und Fallschirmjägern, Bundespolizistinnen, Botschaftspersonal und vielen Ortskräften und zivilen Helfern auf dem Flughafen in Kabul abhebt, explodieren dort direkt an zwei Zugängen mehrere Bomben, gezündet durch Selbstmordattentäter des Islamischen Staates (IS), dessen mörderische Mitglieder auch noch das Gewehrfeuer auf US-amerikanische Soldaten und afghanische Zivilisten eröffnen. Die schreckliche Bilanz bisher: Mindestens 183 Menschen wurden getötet, darunter 13 US-Soldaten, unzählige Menschen, afghanische Frauen, Männer, Kinder, verletzt. Ein grauenhafter Anschlag, der nichts von seinem Schrecken verliert, wenn man sich vergegenwärtigt, dass genau vor solchen Anschlägen die Geheimdienste und Expertinnen vor Ort seit Tagen gewarnt hatten. Mein Mitgefühl gilt all denen, die um ihre Angehörigen, die bei diesem mörderischen Anschlag ums Leben gekommen sind, trauern.

Zugleich erfüllt mich ein seltsames Gefühl von „Gott sei Dank!“, als ich die Bilder der startenden letzten Bundeswehrmaschine im Fernsehen sehe, im Wissen darum, dass unsere letzten Soldaten vor Ort viele Bundespolizisten, Botschaftspersonal, zivile Helferinnen und mehr als 5000 afghanische Ortskräfte evakuiert und gerettet haben.

Vielleicht wurde vielen Deutschen erst in den vergangenen zwölf Tagen, nachdem die Bundesluftwaffe unter dem hochprofessionellen Kommando von Brigadegeneral Jens Arlt am vorletzten Montag in ihren Evakuierungseinsatz gestartet war, klar, in welcher lebensgefährlichen Mission unsere Soldatinnen und Soldaten geschickt wurden. Wir in der Heimat konnten im stündlichen Liveticker verfolgen, wie und wie viele Menschen durch unsere Bundeswehr aus dem Chaos gerettet werden konnten. Auch ich muss zugeben, dass ich zeitweise diesen Krieg in Afghanistan aus meiner Aufmerksamkeit verdrängt hatte. Seit vergangener Montag gehen mir die Schicksale unzähliger Menschen und die Bilder ihrer Verzweiflung in diesem seit Jahrzehnten geschundenen Land aber nicht mehr aus dem Sinn. Vielleicht geht es anderen genauso: Erst jetzt wird mir so richtig deutlich, welche lebensgefährlichen Einsatz unsere Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und unsere zivilen Helfer und Ortskräfte in den vergangenen Wochen, aber auch die gesamten 20 Jahre des Einsatzes dort am Hindukusch täglich eingegangen sind. Das sollte uns allen größten Respekt abnötigen.

Denn: Wie oft ist die Bundeswehr in den vergangenen Jahren Gegenstand ironischer Äußerungen, Witzchen und Kommentare geworden. Die Panzer kommen nicht mal bis zur Grenze. Die Flugzeuge können nicht abheben. Aus zehn Hubschraubern fertigen wir einen, der wirklich fliegt. Überhaupt wurde und wird über die mangelhafte Ausstattung unserer Streitkräfte regelmäßig lamentiert, bis hin zu fehlenden Winterstiefeln, im Einsatz unbrauchbaren Gewehren und sonstigen mangelhaften Geräten. Dazu eine

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

Nichts ist wirtschaftsfreundlicher als Klimaschutz, weil es ohne Klimaschutz gar kein Wirtschaften mehr geben wird, nur noch Katastrophenmanagement in einer instabilen Welt. Sicherlich wird es auch in der Post-2-Grad-Welt Menschen geben, die sich an der Not der anderen bereichern, aber es wird kaum noch Orte geben, an denen diese Klimarisikogewinner ihren Reichtum genießen können. Denn: „nowhere is safe“, wie der Guardian Anfang Juli auf seine Titelseite schrieb, unter dem furchteinflößenden Bild einer der vielen Feuerbrünste des Sommers 2021. Es gibt keinen sicheren Ort mehr auf der Welt, von dem aus wir die Katastrophen der anderen betrachten könnten.

Das heißt auch: *nothing is safe*. Die steigende Instabilität der ökologischen Systeme, die zu irreversiblen Kipppunkten führt, wird sich natürlich auch auf die ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen auswirken und damit auf die Finanzen von Unternehmen. Dürren folgen Missernten folgen Aufstände folgen politische Radikalisierungen, schlimmstenfalls Terror oder Krieg. Das mag für die Waffenindustrie attraktiv klingen, doch für die meisten Branchen sind das keine guten Perspektiven.

Das Ende falscher Hoffnungen

Keine Sicherheit also, nirgends. Schon jetzt nicht und erst recht nicht in den nächsten Jahrzehnten – oder nur Jahren, wenn sich die Krise weiter so beschleunigt. Aus den Hypothesen, Prognosen und Warnungen der Klimaforscherinnen sind längst Fakten geworden, aus Risiken manifeste Schäden. Wer nach den ersten IPCC-Berichten noch hoffte, die Klimawissenschaft könnte sich geirrt haben und die schlimmsten Szenarien würden schon nicht eintreten, sieht sich getäuscht. Nach allem, was die Erdsystemwissenschaften inzwischen erforscht haben, waren die vertrockneten und verbrannten Wälder und die überschwemmten Täler, die Hitze in Kanada, die Sturzfluten in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz erst der Anfang.



Sieht grün: Bulle am Börsenplatz in Frankfurt

Kurz: Wer also eine wirtschaftsfreundliche Umgebung erhalten will, sollte alles daran setzen, die Auswirkungen der Krise jetzt abzumildern. Das bedeutet, fossile Emissionen und Flächenverbrauch so schnell wie möglich zu stoppen, den Ressourcenverbrauch zu minimieren und ebenso die soziale Ungleichheit.

Doch genau das passiert nicht. Obwohl selbst das *World Economic Forum* seit Jahren die ökologischen Krisen und ihre katastrophalen Auswirkungen auf die Wirtschaft im *Global Risk Report* immer wieder beschwört, scheinen viele – nicht alle! – Unternehmen und vor allem die Lobbyisten der Wirtschaftsverbände das schlicht zu ignorieren – oder nicht wirklich zu verstehen, wie die Transformationsforscherin Maja Göpel vermutet. „Die Irreversibilität der Veränderung ökologischer Systeme in ihrer Regeneration ist, glaube ich, einfach

noch nicht begriffen worden“, sagte sie bei der Vorstellung von *Scientists for future* im Mai 2019 in Berlin. Dieses Zitat wurde in den digitalen sozialen Medien immer wieder geteilt, vor allem von denen, die mit wachsender Verzweiflung die Untätigkeit vieler ökonomischer Akteure, Verbände und Wirtschaftspolitikern verfolgen.

Angst vor der Angst

Der Philosoph Günther Anders hat dieses Leugnen schon vor einem halben Jahrhundert als Apokalypse-Blindheit bezeichnet, damals bezogen auf die atomare Bedrohung im Kalten Krieg. Weil die Menschen Angst vor der Angst haben, meinte Anders, denken sie nicht über die menschengemachte Weltgefahr nach. Sie verdrängen sie, statt sich ihr zu stellen. Der Gegenstand, „der uns eigentlich ohne

Unterbrechung mit bedrohlicher und faszinierender Überdeutlichkeit vor Augen stehen müsste, steht umgekehrt gerade im *Mittelpunkt unserer Vernachlässigung*; von ihm fortzusehen, fortzuhören, fortzuleben, ist das Geschäft der Epoche.“

Günther Anders kam damals zu dem Schluss, dass die Menschen ihren „eigenen Produkten und deren Folgen phantasie- und gefühlsmäßig nicht gewachsen sind“. Dass ihre Vorstellungskraft also nicht reicht, sich das Ausmaß der möglichen Atomkatastrophe vorzustellen. Anders schrieb, dass grundsätzlich „das Volumen des Machens und Denkens ad libitum ausdehnbar ist, während die Ausdehnbarkeit des Vorstellens ungleich geringer bleibt; und die des Fühlens im Vergleich damit geradezu starr zu bleiben scheint.“

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

Scholz macht die Raute

Tiefdruckgebiet: Gelingt Armin Laschet noch die Wende? | Von Andreas Rinke

Es war ein kleines politisches Kunststück, das Markus Söder am Donnerstag aufführte: „Ich bin der festen Überzeugung, dass er ein starker Kanzler sein wird“, sagte der CSU-Chef da und versicherte Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet seine „hundertprozentige Unterstützung“. Ein Kunststück war der Auftritt, weil Söder wollte, dass man ihm die Aussage diesmal glauben sollte. Dabei hatte die CSU-Spitze nach der Niederlage Söders im Rennen um die Kanzlerkandidatur wochenlang weiter gestichelt – zu Fehlern Laschets kam der Eindruck der Gespaltenheit der Union. Söder selbst hatte seine Solidaritätsbekundungen für den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten meist in der ihm eigenen süffisanten Art vorgebracht – sodass Zuhörer meist das Gegenteil verstanden.

Aber am Donnerstag meinte es Söder ernst. Denn erschrocken registrieren die Granden der Union, Freunde wie Feinde Laschets, dass die lange nur noch belächelte SPD plötzlich an der Union vorbeizuziehen droht. Mit ungewohnter Geschlossenheit und völliger Konzentration auf Kanzlerkandidat Olaf Scholz schafften es die Sozialdemokraten, aus ihrem 15-Prozent-Loch herauszukommen und mit der Union in

Umfragen gleichzuziehen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin erleben die zuvor totgesagten Sozialdemokraten vor den Landtagswahlen plötzlich einen erstaunlichen Aufschwung. Und „Bock auf Opposition“ hat auch der CSU-Chef nicht.

Alle wieder einig?

Dabei mündet der Bundestagswahlkampf auf der Zielgeraden zwischen der Union und der SPD in ein Rennen ein, wer der bessere Erbe der Merkelschen Politik ist – und genüsslich präsentiert sich Scholz mit einer Merkel-Raute. Bei der Union dagegen hatten Söder und der konservative Flügel aus ganz unterschiedlichen Gründen Laschets Versuche diskreditiert, ein „Weiter so – aber besser“ zur zentralen Parole des Wahlkampfes auszurufen. Auch die Grünen scheinen nach einer Phase der Dissonanz zwischen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und Ko-Parteichef Robert Habeck wieder geschlossen aufzutreten. Vor lauter Schreck wollen dies nun auch CDU und CSU versuchen. „Aber ob wir den Umschwung jetzt noch einmal schaffen, ist ungewiss“, heißt es zugleich. Die Zweifel an der Einheit sind groß.

Laschet, der ewige Underdog

Das Faszinierende für Freund und Feind ist dabei, dass der Kandidat selbst – quasi im Auge des Sturms – dabei völlig ruhig wirkt. Auch enge Vertraute berichten, dass der CDU-Chef wirklich und weiter unerschütterlich an seinen Sieg glaube – so wie 2017 in Nordrhein-Westfalen und in den Rennen um CDU-Vorsitz und Kanzlerkandidatur. Entscheidend sei die letzte Phase. Nur wird die Zahl derer, die in der Union darauf vertrauen, noch kleiner. Also musste ein Strategiewechsel her: Grob gesagt will die Union mit vier Punkten doch noch die Wende schaffen und deutlich stärkste Partei werden.

Erstens muss der Kandidat selbst liefern. Zwar gehen auch Meinungsforscher davon aus, dass Laschet die Kratzer an seinem Image bis zum 26. September nicht mehr völlig beseitigen kann. In einer Umfrage nach der anderen liegt Scholz in der persönlichen Bewertung deutlich vor dem CDU-Chef – was es auch für potenzielle Koalitionspartner schwierig machen könnte, nach der Wahl ein Bündnis mit Laschet statt mit dem SPD-Kandidaten einzugehen. Aber Söder und andere bauen darauf, dass der

CDU-Chef in den TV-Triells gegen Scholz und Baerbock gut abscheidet und sich Kanzler-like präsentiert. „Er kann als neuer Underdog in den Debatten nur gewinnen – während Scholz es nun schwerer hat“, hofft man in der CDU.

Inhalte – doch nicht mehr – überwinden

Zweitens soll nun verstärkt über Inhalte diskutiert werden. Denn quer durch die Flügel der Union gibt man sich überzeugt, unabhängig vom Kandidaten das bessere Programm zu haben. Also sollen in von der Steuer- und Finanz- bis hin zur Klima- und Industriepolitik die Differenzen zu SPD und Grünen herausgearbeitet werden. Dies sei auch durch die Flut, die Konzentration der Medien auf Nebensächlichkeiten sowie nun die Afghanistan-Tragödie nicht so gelungen. Zentraler Begriff ist dabei die „Richtungswahl“, etwa im Ringen um die von SPD und Grünen gewünschten Steuererhöhungen.

Drittens soll der Wahlkampf härter werden. Erkennbar haben viele Unionisten in den vergangenen Tagen die Samthandschuhe ausgezogen und attackieren nun SPD und

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

AUF DEN ZWEITEN BLICK



ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Verkümmert

Augustsburg ist ein hübsches Städtchen in Mittelsachsen, das es nicht nur aufgrund des weithin sichtbaren gleichnamigen Schlosses zu gewisser Bekanntheit gebracht hat. Vielmehr laboriert dort seit 2013 ein überaus beliebter Bürgermeister, der mit reichlich kommunaler Rückendeckung so ziemlich vieles anders macht als der Rest der Republik. Vorschreiben ließ und lässt er sich nichts, weder in der Flüchtlings- noch in der Corona-Krise.

Anfang der Woche wurde der eigenwillige Lokalpolitiker Dirk Neubauer aus seinem Sommerurlaub auf die Bühne der Berliner Politik befördert – durch ein Interview in einem ziemlich bekannten Podcast. Fünf Wochen vor der Bundestagswahl sagt er darin zwei Sätze, die tief in seine Gemütslage blicken lassen: „Wenn wir nicht alle Leute verlieren wollen, die noch etwas wollen in diesem Land, wären wir gut beraten, das Kümmern durch das Ermöglichen zu ersetzen. Denn das Kümmern hat diese Hybris: Wir wissen, was für euch gut ist.“

Neubauer war bis vor kurzem Mitglied der SPD. Doch mit einer derartigen Gesinnung hat er in dieser Partei nichts verloren, deren früherer Generalsekretär und heutiger Kanzlerkandidat sich bereits 2002 mit seinem Postulat, die „Lufttheit über die Kinderbetten“ erobern zu wollen, politisch unzweifelhaft verortet hat.

Konsequenterweise ist der Bürgermeister im Mai aus der SPD wieder ausgetreten und derzeit parteilos. Zur CDU und ihrem riesigen, von oben durchregierten Apparat würde der Freigeist freilich auch nicht passen. Wählen, sagte Neubauer, würde er wahrscheinlich die Grünen, was Sinn ergäbe, wenn man an die Grünen von früher dächte als eine wenig etatistische Partei, die sie einmal gewesen sind. Aber heute?

Wenn man genauer zuhört, dann müsste das Ex-SPD-Mitglied eigentlich etwas ganz anderes verkünden. Dass er nämlich der FDP nahestehe. „Wir haben eine Hybris etabliert, die den Menschen ein Vollkasko-Leben verspricht“, wettete er auch. All das passt genau in das Profil der Liberalen, die Eigenverantwortung und Privatinitiative seit jeher großschreiben. Nur wird er sich mit dem smarten, mitunter kalt-glatten Christian Lindner kaum identifizieren können.

Kurz: Solche wie Neubauer lassen sich in kein politisches Schema ein- oder gar einer Partei zuordnen. Ausgerechnet solche wie ihn kann Deutschland aber gut gebrauchen: lokal verortet, pragmatisch, authentisch, eigenwillig, kreativ und vor allem engagiert.

So manifestieren sich die Schwächen des politischen Systems, in dem sich die politischen Eliten von der Bevölkerung entfernt und die Parteien ihre Bindungskraft verloren haben, nicht nur in der Politikverdrossenheit breiter Teile der Bevölkerung, sondern bedauerlicherweise und besonders schmerzhaft gerade in jenen, die sich ernsthaft politisch engagieren.

Danke, Bundeswehr

FORTSETZUNG VON SEITE 1 >

völlig überbürokratisierte und lahme Beschaffung, mit der kein Staat zu machen, geschweige denn zu verteidigen ist. Manches ist anekdotisch, vieles davon aber leider wahr. Allerdings: Das alles haben die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nicht zu verantworten. Für die Ausstattung unserer Bundeswehr und die Bereitstellung der dazu notwendigen Finanzmittel sind Bundesregierung und Parlament verantwortlich. Die Soldatinnen und Soldaten können am Ende nur so gut sein, wie man ihnen die dafür notwendigen Grundlagen und die Gelegenheit gibt, mit der bestmöglichen Ausstattung und ausreichenden finanziellen Ressourcen ihren Auftrag zu erfüllen.

Im Fall des zwei Jahrzehnte währenden Einsatzes in Afghanistan und nochmals wie unter einem Brennglas in den vergangenen zwölf Tagen beim überaus gefährlichen Evakuierungseinsatz hat unsere Bundeswehr eine erstklassige Arbeit unter Einsatz ihres Lebens geleistet. Deshalb sollten wir uns als zivile Staatsbürger zukünftig überlegen, wie und mit welchem Respekt wir mit unserer eigenen Armee umgehen, und in diesem Blick auf unsere Streitkräfte gerade angesichts unserer eigenen deutschen Geschichte das durchaus mit republikanischem Stolz verbinden. Denn die Bundeswehr hat sich – gerade in den vergangenen zwei Jahrzehnten in internationalen Einsätzen in Bündniszusammenhängen – zu einer „neuen“ Armee entwickelt: von einer Landesverteidigungsarmee zu einer hybrid operierenden Landesverteidigungsarmee mit umfangreichen Einsatzfähigkeiten. Der Einsatz, gerade in Afghanistan, war also nicht sinnlos, wie manche Beobachter raunen und auch Veteranen verbittert beklagen. Nein, der Einsatz in Afghanistan hat unsere Streitkräfte auch politisch reifer und besser in ihren Fähigkeiten gemacht, so schmerzlich die Verluste an Leben, die Verletzungen und Traumata auch sind. Das zeigt nur: Soldat zu sein, bedeutet, sich in Lebensgefahr zu begeben – für unser Land.

Die Bundeswehr ist und bleibt zudem eine republikanische Armee, die nur mit einem Mandat des Bundestages in lebensgefährliche Missionen geschickt werden sollte. Umso mehr muss die Regierung künftig begründen, welche strategischen Ziele mit einem

Auslandseinsatz der Bundeswehr unter welchem Mandat verfolgt werden. Das ist die politische Führung ihren Soldatinnen und Soldaten schuldig.

Fest steht: Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland war die Bundeswehr eine republikanische Armee, die zuerst auf die Landesverteidigung im Bündnisfall ausgebildet wird und ausgerichtet ist. Dieses ursprüngliche Ziel wurde seit dem Ende des Kalten Krieges und der Zerteilung der Welt vor über drei Jahrzehnten schrittweise entlang der neuen globalen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen modifiziert. Parallel dazu wurde die auch von mir stets hochgeschätzte allgemeine Wehrpflicht abgeschafft. In diese alte überschaubare Zeit zurück gibt es aber keine Rückkehr. Was aber gerade in den vergangenen 18 Monaten spürbar ist, ist ein neuer Blick auf unsere Bundeswehr: einer Armee, die auch in Friedenszeiten im Inland und bei Auslandseinsätzen, wie wir ihn gerade live erlebt haben, unentbehrlich und von den Menschen hoch angesehen ist. Zu Recht übrigens.

Ob humanitäre Unterstützungshilfe beim Flüchtlingsansturm im Jahre 2015 und folgende, beim schnellen Aufbau und Betrieb der Corona-Impfzentren und Unterstützung der Gesundheitsämter und Kontaktnachverfolgung, bei der schnellen Katastrophenhilfe in den vom Starkregen betroffenen Regionen in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Bayern oder jetzt beim Evakuierungseinsatz in Kabul – gäbe es die Bundeswehr nicht, so müssten wir sie umgehend aus dem Boden stampfen. Inzwischen wissen wir, dass unsere Bundeswehr gerade in kritischen Situationen eine wichtige und stabilisierende Standhilfe unserer Gesellschaft ist. Das, was die Bundeswehr seit Jahren leistet, kann keine noch so gut konzipierte Image-Kampagne des Bundesverteidigungsministeriums ins richtige Licht setzen. Vielleicht sollten wir uns dies gelegentlich einmal vor Augen führen. Ich schließe diesen Kommentar einfach ab mit einem aufrichtigen und demütigenden Dank an die zigttausend Soldatinnen und Soldaten, die in den vergangenen Monaten bewiesen haben, dass unser Land sie braucht und wir alle stolz auf ihre Leistungen – egal an welcher Stelle – sein können: Danke, Bundeswehr!

Ein schöner Land

FORTSETZUNG VON SEITE 1 >

Politische Vermeidungsprogramme

Das gilt nicht nur für die atomare Bedrohung, sondern auch für unsere Wohlstandsschuld, unsere Konsumverstrickung und natürlich die Klimakrise: Unsere Vorstellungskraft ist den Folgen unseres ökonomischen Handelns und unserer fossilen Lebensstile nicht gewachsen.

Der Psychologe und Marktforscher Stephan Grünewald hat in diesen Wochen in Tiefeninterviews die Stimmung der Bürgerinnen und Bürger vor der Bundestagswahl analysiert und festgestellt, dass sich „die krisengeschüttelten Menschen“ zurzeit am liebsten „in ihr privates Schneckenhaus“ zurückziehen. Sie spürten, so Grünewald, dass sie in einem Machbarkeitsdilemma steckten: Alle wüssten, dass es so nicht weiter gehe, aber die Menschen hätten gleichzeitig Angst vor der als notwendig empfundenen Veränderung.

SPD, CDU und die Liberalen versuchen, dieses Dilemma in ihren Wahlprogrammen aufzulösen, indem sie suggerieren, dass Klimaschutz und Konstanz zu vereinbaren seien. Das verstärken sie durch die Diffamierung der Grünen als Verbots- und Verzichtspartei. Damit lenken sie ab von der dringenden Notwendigkeit, klimaschädliche Subventionen sofort zu beenden und einen politischen Rahmen zu schaffen, in dem klimafreundliche und innovative Unternehmen faire Chancen haben. Je größer die Angst der Menschen vor der Veränderung ist und je geringer ihr Vertrauen in ihr Gestaltungsver-

mögen in der Transformation, desto eher dürfte diese Taktik aufgehen. Doch die Unaufrichtigkeit löst keine Probleme, sondern schafft nur neue – spätestens dann, wenn der Klimaschutz juristisch erzwungen werden wird.

Vor 25 Jahren – 2006 – hat der ehemalige Chefökonom der Weltbank Nicholas Stern vorgerechnet, dass die Klimakrise mit enormen ökonomischen Kosten verbunden sein werde, dass Klimaschutz also als Investition in die Vermeidung von Kosten zu sehen sei. Seitdem sind 15 wertvolle Jahre vergangen, in denen zwar viele Vorreiterinnen sich aufgemacht haben, diese Investitionen zu tätigen, in denen aber das Gros der Unternehmen – bestätigt durch überwiegend klimafeindliche politische Rahmenbedingungen – im Status quo verharrte. Je länger sie warten, diesen Investitionsstau aufzulösen, je heftiger sie gegen wissenschaftlich fundierte Klimaschutzpolitik lobbyieren, desto teurer werden die Folgekosten. Die Transformation der Wirtschaft wird sich nicht länger aufhalten lassen, die Frage ist nur, ob *by design or by desaster*.



DR. TANJA BUSSE

ist Journalistin und Autorin. 2019 erschien „Das Sterben der anderen. Wie wir die biologische Vielfalt noch retten können“ im Blessing Verlag. Im Juli erschien ihr neues Buch „Fleischkonsum. 33 Fragen – 33 Antworten“ bei Piper.

Scholz macht die Raute

FORTSETZUNG VON SEITE 1 >



Ab sofort Team Laschet? Markus Söder diese Woche in München.

auch Scholz direkt. Ziel ist es, Scholz als eine Art politische Marionette der viel linkeren SPD-Führung erscheinen zu lassen. Nach der Wahl, so die Unions-Erzählung, würden Kevin Kühnert, Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans wieder den Kurs bestimmen. Dies soll Wähler abschrecken, die Scholz „als das kleinere Übel“ unter den drei Kanzlerkandidaten ansehen könnten.

Schattenkabinettsgefechte

Gerade deshalb, so argumentiert etwa der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans, müsse Laschet aber endlich ein Team präsentieren und die SPD in Zugzwang bringen. Tatsächlich grummeln viele in der CDU seit längerem, dass bisher nur Friedrich Merz als Teammitglied offiziell benannt wurde. Laschet wird vorgeworfen, er nehme viel zu viel Rücksicht auf die Kabinettsmitglieder und wolle es sich auch mit den einflussreichen Männern in seinem Bundesland nicht verderben.

Denn ab dem Zeitpunkt, an dem Laschet auch nur ein Kompetenzteam ernennen, werden sich einige als Verlierer fühlen.

Viertens setzt man in der Union in der Endphase des Wahlkampfes auf eine paradoxe, heilende Wirkung der Umfragen-Schocks. Nun habe auch der letzten Unionspolitiker verstanden, dass es nach Merkel kein Abonnement mehr auf das Kanzleramt gebe, heißt es. Gerade weil die Umfragen so schlecht sind, dass sogar ein rotrotgrünes Bündnis wieder möglich scheint, setzt man in der Union darauf, dass dies auch die von Laschet nicht überzeugten Unions-Anhänger mobilisiert.



ANDREAS RINKE

ist politischer Chefkorrespondent der Nachrichtenagentur Reuters.

GEGRÜNDET IM NOVEMBER 1999: Ernst Dieter Lueg (†), Fernsehjournalist, Prof. Diether Huhn (†), Richter und Publizist, Detlef Prinz, Verleger, und Bruno Wallert (†), Chefredakteur der Berliner Morgenpost a. D.

IMPRESSUM Der Hauptstadtbrief am Samstag ist eine Publikation von PrinzMedien und erscheint wöchentlich online auf www.derhauptstadtbrief.de | Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Ulrich Deppendorf | Chefredakteur: Lutz Lichtenberger (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) | Layout: Gordon Martin

Anschrift für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin | Tel. 030/2150 54 00 | info@derhauptstadtbrief.de | www.derhauptstadtbrief.de | © Der Hauptstadtbrief 2021

MENSCHENRECHTE

SIND #UNTEILBAR

Setz dich mit uns für eine offene und freie Gesellschaft ein.

amnesty.de/mitmachen

AMNESTY
INTERNATIONAL

